

Curzio Maltese

SCHEINHEILIGE
GESCHÄFTE

Die Finanzen des Vatikans

Aus dem Italienischen
von Friederike Hausmann
und Petra Kaiser

Verlag Antje Kunstmann

INHALT

VORBEMERKUNG	7
INTERMEZZO: DER FALL SAPIENZA	17
1 DAS GELD DES BISCHOFS	35
2 DIE HEIMLICHEN »ACHT PROMILLE«	49
3 DER KREUZZUG GEGEN DIE GRUNDSTEUER	61
4 TOURISTEN IM NAMEN GOTTES	75
5 EINE STUNDE, DIE EINE MILLIARDE KOSTET	91
6 DIE GEHEIMNISSE DER VATIKANBANK IOR	105
7 ROM, STADT DES VATIKANS	123
8 DIE WOHLTÄTIGKEIT	137
ZUM SCHLUSS	151
ANMERKUNG DES AUTORS	157

VORBEMERKUNG

In meiner fast dreißigjährigen Tätigkeit als Journalist habe ich den Vatikan frohen Herzens ignoriert, und daran hätte sich auch nichts geändert, wenn sich die katholische Kirche nicht plötzlich, und zwar über Gebühr, für mich interessiert hätte. Und für die anderen achtundfünfzig Millionen meiner Landsleute. In Italien nehmen Papst und Bischöfe stärker Einfluss auf das öffentliche Leben, ja sogar auf die Gestaltung einzelner Gesetze, als die Europäische Union, an die wir doch vertraglich gebunden sind. Was mich betrifft, so wollte ich mich nun endlich einmal revanchieren. Seit Jahren muss ich mir von meinen ausländischen Kollegen immer wieder das Gleiche anhören: »Selbst über drittklassige Politiker könnt ihr noch ganze Romane schreiben, aber den Einfluss der Kirche ignoriert ihr einfach. Für uns dagegen ist eine Meldung über den Papst hundert Mal wichtiger als jede italienische Regierungskrise. Der Vatikan ist zu wichtig, um ihn den Vatikan-Anhängern zu überlassen.« Entsprechend treffe ich jeden Morgen meinen Nachbarn Udo Gumpel vom deutschen Fernsehen, wenn er sich auf den Weg zum Pressezentrum des Vatikans macht. Inzwischen ist er zum Experten der Ratzinger-Theologie geworden: »Ihr habt Sankt Peter im Haus, doch bei der RAI gibt es nicht einen einzigen Bericht über den Vatikan, nur Messen und Interviews mit

Bischöfen. Sobald es einen Skandal gibt, wie beispielsweise die Fälle von Kindesmissbrauch bei Priestern, müsst ihr Dokumentationen von der BBC kaufen.« Mit dieser Art Verdrängung musste auch ich Bekanntschaft machen, als ich mit den Recherchen zur öffentlichen Finanzierung der katholischen Kirche begann: In den beinahe achtzig Jahren, die seit der Unterzeichnung des Konkordats vergangen sind, hatte sich nie jemand die Mühe gemacht, sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

Zwar existieren viele schöne Untersuchungen über die Finanzen des Vatikans, aber fast alle stammen aus den sechziger und siebziger Jahren und beschäftigen sich fast ausschließlich mit dem Skandal um den Banco Ambrosiano und die Vatikanbank IOR, von dem noch ausführlich die Rede sein wird. Danach nahm das Interesse kontinuierlich ab und sank schließlich auf null. Viele nützliche Hinweise fand ich hingegen in den Artikeln von Ernesto Rossi aus »Il Mondo«. Dort stieß ich auch auf eine Einschätzung, die nichts von ihrer Aktualität verloren hat. In der Ausgabe vom 17. Mai 1960 schreibt Rossi: »Wenn es ums Geld geht, sind die Monsignori im Vatikan so dünnhäutig wie die Prinzessin auf der Erbse, die die ganze Nacht kein Auge zutut, weil sie den Druck durch sieben Matratzen hindurch spürte.« Während man meine Studie über Pius XII., in der ich nachweise, dass er zu den Hauptverantwortlichen des Zweiten Weltkriegs gehörte, mit Schweigen überging, reagierte der »Osservatore Romano« umso heftiger auf meine moderate Bemerkung, eine Ursache für die reaktionäre Politik der Kirche und ihr enges Bündnis mit dem Unternehmerverband Confindustria sei zweifellos auch ökonomischer Natur, denn immerhin

hätten der Heilige Stuhl und die religiösen Orden ihr ungeheures Vermögen massiv in Aktien der Elektroindustrie und anderer großer Konzerne angelegt, die den nationalen Markt monopolartig beherrschten. Derartige Behauptungen, so der »Osservatore Romano«, »erregen eher Mitleid als Empörung, verraten sie doch eine Geisteshaltung, der für alles, was über rein materielle Interessen hinausgeht, jegliches Verständnis fehlt und die die Realität folglich nur an ihrer eigenen Beschränktheit zu messen vermag«. Wenn es ums Geld geht, kennt die Kirche kein Pardon, und mit *dieser* Geisteshaltung hat sie dem italienischen Staat nicht erst in den letzten Jahrzehnten, sondern seit seiner Entstehung schwer geschadet.

Kirche und Staat in Italien: ein Rückblick

Die Entstehung des italienischen Nationalstaats vollzog sich im 19. Jahrhundert gegen den heftigen Widerstand der katholischen Kirche. Das war unvermeidlich. Die Anwesenheit der Kirche in ihrer »doppelten Souveränität« als geistliche und weltliche Macht – verkörpert in Rom als doppelter Hauptstadt – war und ist das größte Hindernis dagegen, dass die Italiener ein echtes staatsbürgerliches Bewusstsein entwickeln. Es erscheint jedoch an der Zeit, die Legende zu zerstören, dass die 1870 vollendete Einigung Italiens der Kirche ungeheuren materiellen Schaden zugefügt habe. Diese Legende wird von dem Staat auf der anderen Tiberseite dazu benutzt, Schuldgefühle zu erzeugen und vom italienischen Steuerzahler eine »Zwangsabgabe« einzutreiben. In Wirk-

lichkeit bildete der italienische Staat in den vergangenen fast hundertvierzig Jahren die Hauptquelle für die Bereicherung der geistlichen Kaste. Man braucht nur daran zu denken, in welcher katastrophalen Verfassung die Finanzen des Kirchenstaats vor 1870 waren und wie hoch die Schulden und Zinsen, die er an französische Banken, allen voran das jüdische Haus Rothschild, zu zahlen hatte. Im Dezember 1869, neun Monate bevor mit dem Eindringen von Soldaten durch die berühmte »Bresche an der Porta Pia« Rom erobert und damit die Einigung Italiens abgeschlossen wurde, erklärte Pius IX. auf dem Ersten Vatikanischen Konzil, von dem das Dogma der Unfehlbarkeit verkündet wurde: »Der Papst mag unfehlbar sein, aber er ist auf jeden Fall zahlungsunfähig.«

Für die Beschlagnahme des vatikanischen Eigentums durch die liberalen Regierungen nach 1870 hat Italien seit den unter Mussolini 1929 ausgehandelten Lateranverträgen mehr als genug geblutet. Diese Verträge dienten als Vorbild für alle späteren Konkordate, die die katholische Kirche (zumindest in Europa) mit (katholischen) faschistischen Diktatoren abschloss: Nach Mussolini (11. Februar 1929) in Deutschland wenige Monate nach der Machtergreifung am 20. Juli 1933 mit Adolf Hitler, in Portugal am 7. Mai 1940 mit Antonio Oliveira Salazar, in Spanien am 27. August 1953 mit Francisco Franco.

Die katholische Kirche hat sich in einem schmerzhaften Reflexionsprozess von ihrer Unterstützung für das Vordringen von Faschismus und Nationalsozialismus im Europa der zwanziger und dreißiger Jahre distanziert. (Auch wenn Hitlers *Mein Kampf* nach wie vor nicht auf dem Index der verbotenen Bücher steht.) Sie hat jedoch stets dafür gekämpft,

die wichtigsten Ergebnisse aus diesem »Pakt mit dem Teufel« aufrechtzuerhalten. Wer sich die Mühe macht, die finanziellen Vereinbarungen des Konkordats zu studieren, versteht die Gründe für dieses Verhalten.

Das am 11. Februar 1929 von Kardinal Gasparri und Mussolini unterzeichnete Konkordat besteht aus drei Dokumenten: einem Vertrag, einem Konkordat im eigentlichen Sinn, d. h. einem Staatskirchenvertrag, und einer Finanzvereinbarung. Die Vereinbarung beginnt mit folgender Präambel: »In Anbetracht einerseits des ungeheuren Schadens, den der Heilige Stuhl durch den Verlust des Patrimonium Petri, bestehend aus dem ursprünglichen Kirchenstaat und dem Besitz kirchlicher Einrichtungen, erlitten hat, andererseits der wachsenden Bedürfnisse der Kirche allein in der Stadt Rom, und bei gleichzeitiger Berücksichtigung der finanziellen Lage des Staates und der wirtschaftlichen Verhältnisse des italienischen Volkes besonders nach dem Kriege, hat der Heilige Vater seine Entschädigungsforderung auf das unbedingt Notwendige beschränkt und eine Summe, teils in bar, teils in Papieren, gefordert, die weit unter derjenigen liegt, die der Staat an den Heiligen Stuhl bis heute hätte zahlen müssen, wenn er auch nur die durch das Gesetz vom 13. Mai 1871 eingegangenen Verpflichtungen erfüllt hätte.«

Durch das genannte Gesetz hatte der junge italienische Nationalstaat mit dem Papst Frieden schließen wollen. Doch der damalige Papst Pius IX., der sich im Vatikan verschanzt hielt und sich als politischen Gefangenen betrachtete, lehnte die Vereinbarung strikt ab und bezeichnete sie als »ungeheuerliches Machwerk revolutionärer Gesetzgebung«. Das, was Pius XI. sechzig Jahre später dann als das »unbedingt Not-

wendige« betrachtete und von Mussolini auch erhielt, waren: 750 Millionen Lire in bar und 1 Milliarde Lire in zu fünf Prozent verzinslichen, kurzfristig einlösbaren Papieren. Dazu kam die jährliche Apanage des Papstes in Höhe von 3 225 000 Lire, zu der sich der italienische Staat schon in dem Gesetz von 1871 verpflichtet hatte, das vom Vatikan ja eigentlich abgelehnt worden war. Um eine genauere Vorstellung von diesem »unbedingt Notwendigen« zu geben, sei daran erinnert, dass der gesamte italienische Staatshaushalt 1929 nur 20 Milliarden Lire betrug.

Durch den Staatskirchenvertrag erhielt der Heilige Stuhl auch die Anerkennung als souveräner Staat und Privilegien verschiedenster Art: Steuerbefreiung sowohl für die Bewohner als auch für das Eigentum des Vatikans; Zollfreiheit für alle Importwaren; diplomatische Immunität und andere Privilegien für die vatikanischen Diplomaten und die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Vertretungen; den Bau eines Bahnhofs im Vatikan auf Kosten des italienischen Staates; die Erlaubnis zur Einrichtung eines Radiosenders; die Einführung des katholischen Religionsunterrichts an allen weiterführenden staatlichen Schulen und den Verzicht des italienischen Staates auf eine eigene Gesetzgebung in Sachen Eheschließung.

Damit war die Großzügigkeit Mussolinis gegenüber dem Vatikan noch keineswegs erschöpft. Im September 1935 führte seine Regierung eine Sondersteuer auf Dividenden ein, die zuerst zehn, später zwanzig Prozent betrug. Anfangs zahlte auch der Vatikan; er wurde aber später durch ein Rundschreiben des Finanzministeriums vom 31. Dezember 1942 von dieser Abgabe befreit. Zum damaligen Zeitpunkt

besaß der Vatikan umfangreiche Aktienpakete der wichtigsten italienischen Industriebetriebe, darunter führender Eisenbahn-, Flugzeug- und Waffenfabriken. Nach Abschluss des Konkordats entwickelten sich die Finanzen des Heiligen Stuhles so glänzend, dass sich Mussolini dort für seinen Krieg gegen Äthiopien Geld lieh.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der verfassunggebenden Versammlung heftig über das Konkordat gestritten, bis es schließlich als Artikel 7 in das Grundgesetz der Republik aufgenommen wurde. Hier ist nicht der Ort, ein Geschehen im Einzelnen zu verfolgen, über das Historiker Tausende von Seiten verfasst haben. Der von Piero Calamandrei angeführte Widerstand der liberalen Minderheit gegen die Übernahme des Konkordats scheiterte an der Realpolitik der Kommunisten, die einen Kompromiss mit den Christdemokraten suchten: In Italien läuft es immer auf Don Camillo und Peppone hinaus.

1978 bezeichnete der Verfassungsgerichtshof das Konkordat als »internationalen Vertrag«, der somit nicht Gegenstand eines Volksentscheids werden kann. Damit ist das Konkordat zu einer Art Dogma geworden. Gegenüber der UNO, der Europäischen Union und dem italienischen Staat verfolgt der Vatikan seither eine ganz pragmatische Linie. Der Sekretär des Vatikans für die Beziehungen zu anderen Staaten, Monsignor Giovanni Lajolo, hat dafür die Formulierung geprägt, es gehe darum, »stets die Anerkennung der öffentlichen Dimension der religiösen Freiheit durchzusetzen«. Die öffentliche, nicht die private Dimension. Nach diesem Konzept ergeben sich aus dem Konkordat Pflichten des Staates gegenüber der katholischen Religion, weil sie eine

»öffentliche Dimension« besitzt, und das heißt nichts anderes als staatliche Subventionen durch direkte Finanzierung und Steuerbefreiungen. Für mich und für Millionen meiner Mitbürger bedeutet diese »öffentliche Dimension« des Katholizismus, dass wir die Kirche gezwungenermaßen mit unseren Steuern finanzieren und eine absurde »Kirchensteuer« entrichten müssen. Auch wenn ich immer der Meinung war, in einem Staat zu leben, in dem die Trennung von Kirche und Staat gilt.

Beim Schreiben dieses Buches habe ich mich am Pragmatismus der Kirche orientiert, d.h. ich habe alle prinzipiellen Überlegungen zur Laizität des Staates beiseitegelassen, um mich ganz auf den Aspekt der ökonomischen Privilegien zu konzentrieren. Ich bin davon überzeugt, dass in einem Staat, der sich als demokratisch versteht, die Trennung von Kirche und Staat streng eingehalten werden muss. In diesem Punkt stimme ich voll und ganz mit der Analyse des großen Verfassungsrechtlers Sergio Lariccia überein, nach dessen Worten Italien, was den Schutz der Religionsfreiheit betrifft, nicht als vollgültige Demokratie bezeichnet werden kann: »Denn 1.) ist das Prinzip der Laizität der republikanischen Einrichtungen nicht garantiert; 2.) ist die Gleichheit der Bürger und Religionsgemeinschaften vor dem Gesetz nicht gewahrt; 3.) wird nicht allen Religionsgemeinschaften die gleiche Freiheit gewährt. (Dieser Gleichbehandlungsgrundsatz wird immer dann verletzt, wenn einem Bekenntnis die »Möglichkeit zu noch mehr Freiheitsentfaltung« eingeräumt wird und sich dadurch die Freiheit in ein Privileg verwandelt).«

Dennoch habe ich mich in diesem Buch ganz auf den

konkreten Aspekt, auf das Geld konzentriert, denn hier liegt m.E. der Kern des Problems, der gordische Knoten. Damit wollte ich auch vermeiden, ideologisch zu argumentieren und bekannte antiklerikale Thesen zu wiederholen. Ich respektiere den katholischen Glauben und werfe das Verhalten von Geistlichen, vor allem wenn sie Geschäfte und Politik betreiben, nicht mit den Werten des Katholizismus in einen Topf. Es ist schließlich nicht schwierig aufzuzeigen, dass von Judas Ischariot angefangen bis hin zu den großen italienischen Finanzskandalen der Nachkriegszeit, in die der Vatikan verwickelt war, die Männer der Kirche, denen die Kasse anvertraut war, selten das in sie gesetzte Vertrauen verdient haben. Was jedoch Misstrauen erregt, ist, wie empfindlich die katholische Kirche reagiert, sobald die materiellen Aspekte ihrer Privilegien infrage gestellt werden, und mit welchem Eifer sie dies zu verhindern sucht.

Dieses Buch verfolgt also ein bescheidenes Ziel: Es will darüber aufklären, wie die öffentliche Finanzierung der »ehemaligen« Staatsreligion funktioniert. Es ist kein Antikirchenbuch, auch wenn daran nichts Schlimmes wäre. Hier geht es nicht um moralische oder ideologische Fragen, sondern nur um Zahlen. Kein Wort zu mehr oder weniger reißerischen Themen, die »sich gut verkaufen« und sonst viele kirchenkritische Publikationen füllen, wie etwa Fälle von Pädophilie oder die Enthüllungen früherer Mitglieder des Opus Dei.

Nach meiner persönlichen Überzeugung ist der Dialog zwischen Laizisten und Katholiken eine tragende Säule der italienischen Kultur, und nicht der irrelevante Streit zwischen »links« und »rechts«. Alle grundlegenden Informationen, die in diesem Buch verwendet wurden, stammen aus katholi-

schen Quellen, mit Ausnahme der unverzichtbaren Arbeiten von Carlo Pontesilli und Maurizio Turco, die sich seit Jahren mit den Kosten der Kirche beschäftigen. Als Laizist erkenne ich das Recht der Katholiken an, sich zu moralischen Themen zu äußern, wie und wann sie wollen, und ich respektiere dieses Recht. Ich weiß aber auch, dass die Freiheit eines Laizisten in diesem Land weniger zählt als die eines Katholiken. Ein Laizist darf niemanden aufgrund von persönlichen Vorurteilen beleidigen, er darf sich nicht in das Privatleben anderer einmischen und deren sexuelle Vorlieben verurteilen, geschweige denn die Gesetze boykottieren oder anderen Straftaten zur Last legen, die sie nicht begangen haben. Zum Beispiel darf er nicht behaupten, die Kirche »stehle« öffentliches Geld. Ein Katholik hingegen darf andere beleidigen, weil sie Juden, Muslime oder Homosexuelle sind, er darf Mediziner auffordern, das Gesetz über Schwangerschaftsabbrüche zu boykottieren, und Frauen, die ein gesetzlich geregeltes und durch Volksabstimmung beschlossenes Verfahren für sich in Anspruch nehmen, als »Mörderinnen« bezeichnen. Es wäre im Übrigen interessant zu erfahren, ob ein muslimischer Arzt, der eine Abtreibung verweigert, mit katholischen Ärzten auf eine Stufe gestellt würde.

Das herrschende kulturpolitische Klima scheint freilich weniger denn je geeignet, das Finanzgebaren der Kirche zu hinterfragen. Wie es um dieses kulturpolitische Klima in Italien derzeit bestellt ist, möchte ich, bevor ich zu meinem eigentlichen Vorhaben komme, an einem einzigen Beispiel erläutern.

INTERMEZZO: DER FALL SAPIENZA

Als sich die Kirchenhierarchie im Frühjahr 2007 auf die Regierung Prodi einzuschließen begann und es in allen Nachrichtensendungen plötzlich von Soutanen nur so wimmelte, war ich von der Massivität der täglichen Angriffe doch überrascht. Ich konnte mir nicht erklären, warum die Kirche derart schweres Geschütz auffuhr. Damals wandte ich mich an einen Freund, der selbst Priester ist und dessen Meinung ich sehr schätze. Einer von denen, die ihr Leben dem Kampf gegen Armut, Ignoranz und die Mafia geweiht haben, wie ich es nie könnte. In seinem lakonischen Ton gab er mir zur Antwort: »Die Bischöfe machen Politik. Die Mitte-Links-Regierung geht ihnen gegen den Strich, und deshalb werden sie alles daransetzen, sie zu stürzen. Du wirst schon sehen, sie werden Prodi den Todesstoß versetzen.«

Mit einer Naivität, die ich inzwischen verloren habe, fragte ich mich damals nach den Gründen für so viel politischen Hass auf den doch so katholischen Romano Prodi und eine Mitte-Links-Regierung, die in puncto Laizität eher gemäßigte Positionen vertrat und den christlichen Idealen der Solidarität zweifellos weitaus näher stand als das Berlusconi-Lager. »Da geht es nicht um Hass, höchstens um den eigenen Vorteil«, lautete die Antwort. »Tatsache ist, dass die Bischöfe von den anderen weit mehr zu erwarten haben.«

An diese Worte habe ich in den verwirrenden Wochen vor dem Sturz der Regierung Prodi oft denken müssen, die dann durch den »Todesstoß« der Bischöfe endgültig zu Fall gebracht wurde. Die bekannteste Episode in diesem Zusammenhang war sicherlich der ausgefallene Papstbesuch an der römischen Universität La Sapienza. Ein Fall wie aus dem Lehrbuch, oder eher noch aus einer historischen Anthologie zum Machiavellismus; ein Lehrbeispiel dafür, wie man einen politischen Fall konstruiert.

Die Idee, Joseph Ratzinger anlässlich der Eröffnung des akademischen Jahres 2007/2008 zu einer *lectio magistralis* an die Sapienza einzuladen, stammt von Rektor Renato Guarini. Zu diesem Zeitpunkt steht der 2004 nur als »Übergangsrektor« gewählte Statistikprofessor, gegen den bei der Staatsanwaltschaft Rom wegen Begünstigung seiner beiden Töchter und des Schwiegersohns ermittelt wird, kurz vor der Pensionierung, und er möchte seine glanzlose Amtszeit an der römischen Universität mit einem spektakulären Coup – dem Besuch des Heiligen Vaters – beschließen. Diesen Plan behält er jedoch für sich, ohne den Akademischen Senat zu informieren, wie es eigentlich seine Pflicht gewesen wäre. Doch die Geheimhaltung währt nicht lange, die Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer, und der Rektor sieht sich gezwungen, einen Rückzieher zu machen. Auf der Sitzung des Akademischen Senats am 23. Oktober bestätigt Guarini zwar, dass er den Papst eingeladen hat, macht jedoch eine strategische Kehrtwende, indem er die ursprünglich geplante *lectio magistralis* flugs zu einem »Grußwort an die akademische Gemeinde« umdefiniert. Dabei steht das Vorhaben in krassem Widerspruch zur Tradition der Sapienza,

denn seit ihrer Gründung vor fast siebenhundert Jahren wird der Eröffnungsvortrag von einem Mitglied des Lehrkörpers gehalten. (»Das ist wie bei der Vorstandssitzung einer großen Firma«, erklärt der Historiker Nicola Tranfaglia.) Ein Außenstehender kommt dafür nicht infrage, gleichgültig ob er nun Papst, Imam, Politiker oder Nobelpreisträger ist. Außerdem ist es keinem Universitätsrektor der ganzen Welt, einschließlich der islamischen, je in den Sinn gekommen, die Eröffnung des Akademischen Jahres einer religiösen Autorität zu überlassen – mit Ausnahme von Regensburg, wo Joseph Ratzinger aus verständlichen Gründen in seiner Eigenschaft als ehemaliger Student und Professor auftrat. Inzwischen ist die Verwirrung so groß, dass die Veranstaltung auf den 17. Januar 2008 verschoben wird. Folglich muss selbst dem Rektor aufgegangen sein, dass sein grandioser Einfall eigentlich unangemessen war, ein Adjektiv, das die Physikprofessoren später auch in ihrem Brief benutzten und dafür von den Medien sofort abgestraft wurden. Warum wäre Guarini sonst urplötzlich auf ein »Grußwort« verfallen?

Als der renommierte Physikprofessor Marcello Cini den berühmten Offenen Brief an den Rektor verfasst, der später in »Il Manifesto« abgedruckt wurde, schreiben wir schon den 14. November, und noch immer ist der Lehrkörper im Unklaren über das Programm der Eröffnungsveranstaltung, wie eindeutig aus den einleitenden Worten des Briefes hervorgeht: »Wie ich einer Meldung der Agentur Apcom entnehme, wurde das Programm für die Eröffnungsveranstaltung des Akademischen Jahres geändert ...« Einer der wichtigsten Physikdozenten ist also genötigt, auf die Mel-

derung einer Nachrichtenagentur zurückzugreifen, um zu erfahren, was eigentlich vorgeht.

Folglich bittet Cini um Aufklärung. Hat der Rektor wirklich die Absicht, das Akademische Jahr mit einem Vortrag des Papstes zu eröffnen? Zu Recht wendet Cini ein, schon aus formalen Gründen könne man nicht mit einer Vorlesung aus einem Fach, der Theologie nämlich, eröffnen, »das seit langer Zeit aus dem Fächerkanon der modernen Universität verschwunden ist«. Dann holt er zu einem Exkurs über die Geschichte der Sapienza und die Bedeutung der Laizität für die öffentlichen Institutionen aus, dem man sicher nicht Arroganz, sondern höchstens eine rührende Naivität vorwerfen kann. Schließlich weist er den Rektor darauf hin, dass die Zeitungen, unabhängig davon, mit welcher Formel man den Besuch ankündigt, am Tag danach unweigerlich schreiben werden: *Der Papst eröffnet das Akademische Jahr an der Sapienza*. In seiner etwas weitschweifigen professoralen Art formuliert Cini nicht etwa grundsätzliche Einwände, sondern plädiert nur dafür, den Papst bei anderer Gelegenheit einzuladen. Nachdem Guarini seinen Fehler vor dem Akademischen Senat bereits eingeräumt habe, sei das Festhalten an einem Auftritt von Benedikt XVI., selbst wenn man ihn als »Grußwort« definiere, reine Bauernfängerei. Am nächsten Tag verfassen weitere siebenundsechzig Physikdozenten nach der Lektüre von »Il Manifesto« einen privaten Brief an den Rektor, in dem sie sich den Forderungen von Cini anschließen. Ein paar Zeilen nur, um sich mit ihrem Kollegen Cini zu solidarisieren, und mit dem Hinweis, dass Joseph Ratzinger noch 1990 unter Berufung auf Feyerabend den Prozess gegen Galileo Galilei als »gerecht und vernünftig«

bezeichnet hatte. Derselbe Prozess, für den sich 1992 eine von Johannes Paul II. eingesetzte Kommission unter Vorsitz von Kardinal Poupard entschuldigt hatte, nach elfjähriger Arbeit und mit dreihundertsechzigjähriger Verspätung.

Der zeitliche Ablauf ist wichtig. Als die siebenundsechzig Physikdozenten ihren Appell unterzeichnen, sind es noch zwei Monate bis zum festgelegten Termin. Zwei Monate lang lässt Rektor Guarini ihren Brief in der Schublade schmoren, antwortet weder Cini noch den anderen Professoren, und entscheidet sich damit für das gleiche – wenig demokratische – Verhalten wie gegenüber dem Akademischen Senat. Erst vier Tage vor dem schicksalsträchtigen 17. Januar wird der Brief wie von »Zauberhand« aus der Schublade geholt und an Agenturen, Presse und Fernsehen weitergeleitet.

Damit werden die nichts ahnenden Professoren zum Abschluss freigegeben. Im Handumdrehen wird aus dem begründeten und einleuchtenden Vorschlag von Cini, Papstbesuch und Eröffnung des Akademischen Jahres zu trennen, ein »Knebelversuch«, von »untragbarer Zensur« ist die Rede. Plötzlich sind die siebenundsechzig Professoren »schlechte Lehrmeister«, und der zwei Monate alte Brief an den Rektor mutiert zu einem Aufruf an die Studenten zum Aufstand. Kleine studentische Gruppen, die aus gegebenem Anlass, hier und da vielleicht mit leicht antiklerikalem Einschlag, über das Thema Laizität diskutieren, werden von Journalisten, die man in aller Eile an die »Front in der Sapienza« geschickt hat, in der Presse als paramilitärische Banden hingestellt, die nur darauf warten »loszuschlagen«. »Eine wütende Menge mit Schaum vor dem Mund«, heißt es in »Il Giornale«. Als warnendes Beispiel werden die Ereignisse vom

Februar 1977 angeführt, als der Gewerkschaftsführer Luciano Lama aus der Sapienza flüchten musste, weil es damals zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Autonomen gekommen war, bei denen Schlagstöcke, Steine, Tränengas und sogar eine P38 eingesetzt wurden. Trotz der Lächerlichkeit des Vergleichs geht der Medienterror so lange unvermindert weiter, bis die bereits angeschlagene Regierung Prodi schließlich reagiert. Zu einem Zeitpunkt, wo es in Neapel und Umgebung fast unmöglich ist, Ordnungskräfte zur Beseitigung der Müllberge aufzutreiben, bietet Innenminister Giuliano Amato eine Armee aus zweitausend Carabinieri und Polizisten auf, um Benedikt XVI. vor siebzig Wissenschaftlern und zweihundert Studenten mit dem altmodischen Tick der Laizität zu schützen. Und das, obwohl staatliche und kirchliche Sicherheitskräfte nach einem Ortstermin »selbst die geringste Gefahr von Attentaten oder terroristischen Aktivitäten« kategorisch ausgeschlossen hatten.

Doch selbst dieses militärische Aufgebot der Regierung – immerhin das Doppelte des italienischen Afghanistan-Kontingents – reicht nicht aus, um den Heiligen Stuhl zu beruhigen. Einen Tag vor dem geplanten Termin gibt die Pressestelle des Vatikans die Absage Benedikts XVI. bekannt. In dreißig Jahren ist es nur drei Mal vorgekommen, dass ein Papstbesuch aus Sicherheitsgründen abgesagt wurde. Zuletzt war es Johannes Paul II., der im letzten Augenblick einen Besuch absagte, aber damals waren die Reiseziele Sarajewo bzw. Beirut mitten im Bürgerkrieg.

Die Nachricht löst eine Welle der Empörung aus, und die Angriffe werden immer schärfer. Ein parteiübergreifendes Kommando bläst zur Hinrichtung der »schlechten Lehr-

meister«. Da hilft es auch nichts, dass die Professoren unentwegt beteuern, ihr Protest habe sich nicht grundsätzlich gegen einen Besuch des Papstes in der Sapienza gerichtet (schließlich hatten sie bereits Johannes Paul II. problemlos empfangen), sondern ausschließlich gegen die Machenschaften des Rektors. Doch inzwischen hört ihnen niemand mehr zu, denn sie gelten als »eine Bande von Gaunern und Schurken«, als »Faschisten«, »Fanatiker«, »Gewaltanstifter«. Damit wird die ursprüngliche Rollenverteilung auf den Kopf gestellt. Plötzlich wird ein Papst, der selbst die Inquisition als »vernünftig« verteidigt, als armes Opfer der Intoleranz von Wissenschaftlern hingestellt, deren einziges Vergehen darin besteht, sich um den laizistischen Charakter der öffentlichen Bildungseinrichtungen Sorgen zu machen, und die sich dafür vom Vorsitzenden der italienischen Bischofskonferenz, Angelo Bagnasco, den Vorwurf des »laizistischen Obskurantismus« einhandeln. Rektor Guarini mutiert zum heldenhaften Vorkämpfer, der einen Dialog mit der Kirche anstrebt, daran jedoch von einer Handvoll wild gewordener Kollegen gehindert wird. Auf diese Weise degradiert man einen der besten Lehrkörper Italiens, so Massimo Cacciari, zu einer Horde von »Schwachköpfen, die für die nächsten zwanzig Jahre besser den Mund halten sollten«. »Ein paar Stümper, bestimmt weniger gebildet als Professor Ratzinger«, nach Meinung des früheren Staatspräsidenten Francesco Cossiga. Im Namen der Meinungsfreiheit wird nach einer Säuberung gerufen. Maurizio Gasparri von der Alleanza Nazionale (AN) fordert die Regierung, insbesondere den ultrakatholischen Bildungsminister Fioroni, auf, in der Physikfakultät der Sapienza »reinen Tisch zu machen«. Wen interessiert da

schon, dass es sich dabei um eine von vier italienischen Fakultäten handelt, die internationalen Rankings zufolge neben Oxford und Cambridge europaweit einen der ersten Plätze belegen? Prompt legt der Akademische Senat daraufhin die (bereits genehmigte) Ernennung von Luciano Maiani, ehemaliger Direktor der CERN (Europäische Organisation für Kernforschung) und international renommierter Wissenschaftler, zum Leiter des Nationalen Forschungsrates auf Eis, weil er den »infamen Appell« unterschrieben hat.

Je weiter sich die Auseinandersetzung zuspitzt, desto mehr schwindet die Bereitschaft, sich für das kleine Häuflein aufrechter Wissenschaftler einzusetzen, das in seltener Einhelligkeit von der gesamten Nomenklatur aus Politik, Klerus und Medien unter Beschuss genommen und als »gewalttätig« abgestempelt wird. Da fragt man sich doch: Woher kommt dieses krasse Missverhältnis, diese erdrückende Übermacht, wie ist es möglich, dass ein Grundwert wie die Laizität auf derart einhellige Ablehnung stößt? Laizität wohl gemerkt, nicht etwa »Laizismus«. Denn in Italien ist jede Polemik rein nominalistisch: Da reicht es, den Argumenten der anderen Seite ein Etikett aufzukleben, und die Sache ist gelaufen. Sicher ist jedenfalls, dass der Manipulation im »Fall Sapienza« Vorschub geleistet wurde durch das kulturelle Klima in einem Land, in dem der Hass auf Intellektuelle, vor allem Wissenschaftler, weitverbreitet ist. Von allen westlichen Ländern geben wir am wenigsten für Forschung aus, dafür aber mehr als alle anderen für die Finanzierung der Kirche; wir exportieren kluge Köpfe und importieren Heilige und Magier. Bei uns ist die Empörung groß, wenn eine Fernsehmoderatorin durch politische Beziehungen zu ih-

rem Posten kommt, während bei einem Chefarzt kein Hahn danach kräht. Bei allen Fragen von nationaler Bedeutung – ob erneuerbare Energien oder Müllbeseitigung, die Brücke nach Sizilien oder die Einführung von Hochgeschwindigkeitszügen – sind die Wissenschaftler, die Spitzenkräfte des Landes, im politisch-medialen Zirkus stets die Letzten, die nach ihrer Meinung gefragt werden. Viel beliebter sind improvisierte Bürgerinitiativen, selbst ernannte Umweltschützer, Analphabeten mit Assessorenposten, Fernsehsternen und populistische Komiker. Deshalb darf man sich nicht wundern, wenn selbst die italienischen Eliten, von Berlusconi bis Beppe Grillo, ohne Weiteres daran glaubten, dass es dem pensionierten Mediziner Professor Di Bella in seinem Provinzlabor gelungen sei, ein Mittel gegen Krebs zu entwickeln; wen interessierte da noch, dass auf der ganzen Welt Tausende von Onkologen in zahllosen Forschungszentren daran arbeiten, darunter Hunderte von zwangsweise emigrierten jungen Italienern? An der hoch ideologischen, von allen Fakten losgelösten Art, wie die Debatte über den Fall Sapienza geführt wurde, lässt sich deutlich ablesen, wie wissenschaftsfeindliche und religionsfreundliche Vorurteile in Italien Hand in Hand gehen.

Doch zurück zu den Fakten. Am Donnerstag, dem 17. Januar, findet an der Sapienza die feierliche Eröffnung des Akademischen Jahres statt, ohne päpstlichen Segen, bei strömendem Regen und in einer surrealen Kulisse. Zweitausend Ordnungskräfte, in Kampfausrüstung mit Helm und Schutzschild, überwachen die verlassensten Flure und leeren Plätze der Universität. Im Audimax bleiben viele Plätze leer, nicht einmal dreihundert Personen sind gekommen, darun-

ter vierzig katholische Studenten, die aus Protest ein schwarzes Band tragen. Am Eingang verteilen dreißig Aktivisten der neofaschistischen Alleanza Nazionale Solidaritätsflugblätter mit dem Papst. Angeführt von dem Berufsrevolutionär Francesco Caruso (mit Leibrente als Parlamentarier) rufen draußen dreihundert Mitglieder radikaler Gewerkschaften – darunter fast keine Studenten – blutrünstige Parolen und liefern damit der rechten Presse das gewünschte Futter.

Derweil hat die Kirchenhierarchie beschlossen, den Fall Sapienza zu nutzen, um der Regierung Prodi den Prozess zu machen. Kardinal Camillo Ruini plant, das sonntägliche Angelusgebet zu einer großen Solidaritätskundgebung für Benedikt XVI. umzufunktionieren. Am Sonntag, dem 20. Januar, gleicht der Platz vor dem Petersdom einer politischen Versammlung: zweihunderttausend Teilnehmer, darunter viele Mitglieder von Parteien und katholischen Organisationen, skandieren Parolen gegen die Regierung. In der ersten Reihe die halbe Führungsriege der Mitte-Rechts-Opposition: die ehemaligen Präsidenten von Senat und Kammer, Marcello Pera und Pierferdinando Casini, die Pressesprecher von Forza Italia und Alleanza Nazionale, Fabrizio Cichitto und Andrea Ronchi, Giovanni Alemanno von AN und Mario Borghezio von der Lega Nord. Selbstredend lässt sich das christdemokratische Urgestein Rocco Buttiglione die Gelegenheit nicht entgehen, die Regierung aufzufordern, sich umgehend für die Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes zu entschuldigen, und zwar bei Staatssekretär Monsignor Tarcisio Bertone persönlich. Bei anderer Gelegenheit, als derselbe Bertone wiederholt das italienische Steuersystem kritisierte, hatte der ausgefuchste Jurist Buttig-

lione diese Eigenschaft Bertones allerdings wohlweislich ignoriert. Was würde wohl passieren, wenn ein anderes Staatsoberhaupt, sagen wir Sarkozy oder Zapatero, erklären würde, in Italien sei die Steuerlast zu hoch?

Am meisten Aufsehen erregte jedoch die Anwesenheit eines Regierungsmitglieds, oder besser gesagt eines Ex-Regierungsmitglieds, Clemente Mastella. Gerade wegen der Verhaftung seiner Frau von seinem Posten als Justizminister zurückgetreten, unterstützt er zu diesem Zeitpunkt noch die Mehrheit, von der er gewählt wurde. Jetzt steht er zwischen Tausenden von Rechten, die ihm zurufen: »Clemente, stürz ihn doch! Stürz Prodi!« Einen Tag später verkündet Mastella den Austritt seiner kleinen christdemokratischen Partei Udeur aus der Regierung und besiegelt damit das Ende der Regierung Prodi. Dabei spricht er auch von der »Erleuchtung, die ihm in der Menge vor Sankt Peter« gekommen sei. Wenige Stunden zuvor hatte er sich mit dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Monsignor Bagnasco, beraten, der noch am selben Tag in einem Interview erklärt, Italien sei wirklich »auf den Hund gekommen«.

Am Montagabend wirft derselbe Angelo Bagnasco der Regierung offiziell vor, sie habe von sich aus auf eine Absage des Papstbesuches gedrängt, »weil sie sich nicht in der Lage sah, seine Sicherheit zu garantieren«. Dann folgen die oben zitierten verbitterten Betrachtungen über den Boom des »laizistischen Obskurantismus« in Italien, der den Heiligen Vater geknebelt habe. Die Regierung Prodi kontert sofort mit einer offiziellen Stellungnahme, in der es heißt, »man habe den Vatikanbehörden nie nahegelegt, den Besuch Benedikts XVI. an der Sapienza abzusagen«. Weiter heißt es

darin: »Nach einer Sitzung des Provinzausschusses für Sicherheit und öffentliche Ordnung, an der auch Vertreter der Vatikan-Gendarmerie teilnahmen, haben sowohl der Ministerpräsident wie der Innenminister den örtlichen Behörden mitgeteilt, dass der italienische Staat die volle Garantie für die Sicherheit und den geordneten Ablauf des Besuchs des Heiligen Vaters übernehme.«

Natürlich steht hier Wort gegen Wort, und es stellt sich die Frage, wem soll man glauben, dem Kardinal oder dem Premier? Aber die nackten Tatsachen sprechen für sich. Immerhin hatte man zweitausend Sicherheitskräfte aufgeboten, die den erwarteten zwei- oder dreihundert Demonstranten gegenüberstanden. Und was den Vergleich mit dem 17. Februar 1977 betrifft, als Luciano Lama aus der Sapienza vertrieben wurde, so standen damals nur dreihundert Polizisten einer gut organisierten Menge von zehntausend Demonstranten gegenüber, die von zukünftigen Mitgliedern der Roten Brigaden angeführt wurden und zur paramilitärischen Organisation der *Autonomia operaia* gehörten. Was hätte die Regierung sonst noch unternehmen sollen, um den Vatikan zu beruhigen, vielleicht Fallschirmjäger oder die Luftwaffe einsetzen?

Was hingegen die These des Vorsitzenden der Bischofskonferenz betrifft, »in letzter Zeit« habe die italienische Gesellschaft zunehmend versucht, dem Papst einen »Knebel« anzulegen, so sollte man vielleicht ein paar offizielle Zahlen anführen. Vom Tag seiner Wahl, dem 19. April 2005, bis zum Tag der abgesagten Universitätsvisite, dem 17. Januar 2008, hat die Nachrichtensendung des ersten staatlichen Fernsehprogramms über Benedikt XVI. und die katholischen Amts-

träger insgesamt 27 Stunden lang berichtet. Anderthalb Mal so lang wie über die Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und Romano Prodi (18 Stunden) und mehr als das Doppelte der Berichterstattung über die Staatspräsidenten Carlo Azeglio Ciampi und Giorgio Napolitano (13 Stunden). In den Nachrichten des zweiten Programms kam die katholische Kirche auf 20 Stunden Sendezeit, so viel wie die gesamte Regierung, fast doppelt so viel wie Berlusconi und Prodi (12 Stunden) und zweieinhalb Mal so viel wie Ciampi und Napolitano (8 Stunden). Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verfügt die katholische Kirche durchschnittlich über 99,8 Prozent der Sendezeit über religiöse Themen, wobei sich alle anderen Religionen die restlichen 0,2 Prozent teilen: eine eindeutige Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte und im Gegensatz zur Praxis in allen anderen mehrheitlich katholischen Ländern wie Spanien, Irland und Polen. An diesem Punkt kommt einem unweigerlich eine Szene aus dem Film *Lamerica* von Gianni Amelio in den Sinn, wo zwei Albaner darüber diskutieren, ob in Italien der Papst oder der Staatspräsident wichtiger ist: »Der Papst kommt viel öfter im Fernsehen, also muss er wichtiger sein.«

Klar ist jedenfalls, wie immer die Wahrheit auch aussehen mag, dass der Fall Sapienza politisch instrumentalisiert wurde, und zwar mit Erfolg. Am Donnerstag, dem 24. Januar 2008, drei Tage nach der Versammlung in Sankt Peter, verliert die Regierung Prodi ihre Mehrheit, weil die Gruppen von Clemente Mastella und Lamberto Dini, beide dem Vatikan nahestehend, ihr die Zusammenarbeit aufkündigen. Wenig später scheitert auch der Plan, zur Durchführung institutioneller Reformen eine neue Regierung unter Leitung

des Senatspräsidenten Franco Marini zu bilden, als sich der zunächst aufgeschlossene Udc-Vorsitzende Pierferdinando Casini plötzlich für vorgezogene Neuwahlen ausspricht. Am gleichen Tag hatte sich Casini mit seinem »geistigen Berater« Kardinal Camillo Ruini getroffen. Damit ist der Höhepunkt einer seit Monaten und Jahren geführten Kampagne erreicht. Monate und Jahre, in denen die Amtsträger der katholischen Kirche, vom Papst bis zum einfachen Pfarrer, fast keinen Tag vergehen ließen, ohne die Arbeit der Mitte-Links-Regierung zu kritisieren, auch wenn es dabei vordergründig oft um ganz andere, nämlich moralische oder religiöse Themen ging.

In manchen Fällen nahm der Ton dabei eine polemische Schärfe an, die selbst angesichts der traditionellen Einmischungsversuche der Kirche in die inneren Angelegenheiten des italienischen Staates in Erstaunen versetzte. Zum Beispiel bei der bereits erwähnten Kritik des vatikanischen Staatssekretärs Bertone an der »übertriebenen Steuerlast«, oder als Ratzinger dem römischen Bürgermeister und Vorsitzenden des Partito democratico, Walter Veltroni, einen Vortrag darüber hielt, wie eine gute Stadtverwaltung auszu- sehen habe. Darin beklagte er, dass »er als Papst und Bischof von Rom den Verfall seiner Stadt mit ansehen müsse«. Dabei geht dieser Niedergang viel eher auf das Konto des Vatikans, der in der Ewigen Stadt weitaus mächtiger ist als die Stadtverwaltung, wie im Kapitel über die beiden Machtzentren links und rechts des Tiber noch zu zeigen sein wird.

Tatsächlich basiert das Verhältnis von Kirche und Staat in Italien keinesfalls auf gegenseitigem Respekt. Die Kirche kann sich in die inneren Angelegenheiten des italienischen

Staates einmischen, wann immer es ihr gefällt, während das Gegenteil durch Art. 11 des Konkordats verboten ist: »Der italienische Staat darf sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten der zentralen Kirchenbehörde einmischen.« Folglich ist die Position der Kirche in moralischen Fragen unanfechtbar, sie kann staatliche Gesetze für kriminell erklären, die Steuerbelastung der Bürger kritisieren, Regionen oder Gemeinden verurteilen, wenn sie eine Gleichbehandlung von Homosexuellen erwägen; und sich dann bei der kleinsten (in Wahrheit selten vorkommenden) Reaktion auf den Schutz des Konkordats berufen. Der Vatikan ist ein ausländischer Staat, der nur auf Kosten Italiens existiert, sich dabei aber jedes Recht vorbehält, in den Teller zu spucken, aus dem er isst. Wenn ethische Fragen wie Scheidung, Abtreibung, künstliche Befruchtung und eheähnliche Gemeinschaften tatsächlich so zentral und unverhandelbar wären, müsste die Kirche sich eigentlich weigern, Zuwendungen und Steuervergünstigungen von denen anzunehmen, Staat und Kommunen nämlich, die sie als Feinde christlicher Werte verurteilt. Doch auf dieses Geld hat die Kirche nie verzichtet. Im Gegenteil, sie fordert immer mehr, und bekommt es auch.

Auf den Fall Sapienza bin ich deshalb so ausführlich eingegangen, weil auch ich ebenso wie Clemente Mastella angesichts der Menge vor Sankt Peter »eine Erleuchtung« hatte, die mich schließlich dazu veranlasste, dieses Buch zu schreiben. Die erste Fragestellung, auf die ich eine Antwort zu geben versuche, ist einfach: Aus welchem Grund hat sich die katholische Kirche in den letzten Jahren dazu entschlossen, eine Mitte-Rechts-Regierung zu unterstützen? Dass sie diese

Entscheidung getroffen hat, liegt auf der Hand und wird auch durch die Wählerwanderung belegt. In Italien wird der Anteil der praktizierenden Katholiken auf ein Drittel der Wahlberechtigten geschätzt, das sind diejenigen, die angeben, regelmäßig zur Messe zu gehen (faktisch ist die Zahl derer, die wirklich zur Messe gehen, noch geringer) oder in ihrer Stimmabgabe von der Meinung des Papstes und der Bischöfe beeinflusst zu werden. Der Prozentsatz entspricht in etwa der Zahl derjenigen, die in ihrer Steuererklärung die »acht Promille« der katholischen Kirche zusprechen. Seit der Abschaffung des Mehrheitswahlrechts 1994 wählte die eine Hälfte dieser katholischen Wählerschaft stets links und die andere rechts. Doch 2006 kam es zu einer massiven Verschiebung: Das Mitte-Rechts-Lager konnte zwei Drittel dieser Stimmen auf sich vereinigen, während auf die Linke nur noch ein Drittel entfiel. Ausschlaggebend dafür waren nach offiziellen Erklärungen die Dominanz bestimmter moralischer Themen im Wahlkampf, zum Beispiel die Rechte homosexueller Lebensgemeinschaften und unverheirateter Paare, sowie der vermeintliche Angriff auf die Familie aus dem Mitte-Links-Lager. Doch die Kirchenhierarchie benutzt moralische Themen nur, um ihre ökonomischen Interessen zu verschleiern. Denn faktisch unterscheiden sich Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Regierung nicht so sehr dadurch, dass sie katholische oder laizistische Werte vertreten – Letztere werden ohnehin nur sehr zaghaft vertreten, zumindest im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Der tatsächliche Unterschied besteht vielmehr darin, wieweit man den Forderungen des Vatikans nach öffentlichen Geldern entgegenkommt.

Dabei handelt es sich um ein *do ut des* (ich gebe, damit du gibst) zwischen zwei Kasten, der politischen und der kirchlichen, die sich über die Köpfe der Bürger hinweg verständigen. Die Italiener geben mehr Geld aus, um die Kirche zu unterhalten, als für die verhasste Politikerklasse. Aber sie wissen es nicht. Weder das eine Drittel praktizierender Katholiken noch die anderen zwei Drittel. Denn im Unterschied zu allen anderen Demokratien, inklusive der traditionell katholischen Länder, basiert die Finanzierung der Religionen – in diesem Fall einer einzigen Religion – in Italien nicht auf Freiwilligkeit. Das heißt, sie basiert nicht auf freiwilligen Spenden, wie es in demokratischen Systemen seit der Zeit der amerikanischen Gründerväter üblich ist, sondern ist das Ergebnis von Absprachen zwischen Nomenklaturen, über die man sich in Schweigen hüllt. Bei allen anderen Steuern weiß der italienische Staatsbürger mehr oder weniger, welchem Zweck sie dienen. Bei der einzigartigen, äußerst ertragreichen Kirchensteuer hingegen weiß er nicht, weshalb er zahlt, ja er weiß nicht einmal, dass er zahlt.